

Stand: 24.06.2026 08:56:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/182

"Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/182 vom 04.12.2013
2. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 04.12.2013
3. Beschluss des Plenums 17/287 vom 10.12.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, welche Strategie im Umgang mit Unternehmen in Schieflage zukünftig verfolgt wird?

Dabei soll auch auf aktuelle Fälle wie beispielsweise Loewe in Kronach, KraussMaffei in Treuchtlingen und EADS in Unterschleißheim eingegangen werden.

Begründung:

Immer wieder geraten Unternehmen in Bayern in wirtschaftlich schwierige Situationen, die einen massiven Stellenabbau, eine Unternehmensverlagerung oder gar die Schließung zur Folge haben. Bisher hat die Staatsregierung mit unterschiedlichem Erfolg agiert.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Annette Karl

Abg. Thomas Mütze

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Markus Blume

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)

EADS-Standort Unterschleißheim - Arbeitnehmer- und Standortinteressen wahren - Bericht über Gespräch des Wirtschaftsministeriums bei Cassidian in Unterschleißheim (Drs. 17/166)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern (Drs. 17/182)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Arbeitsplatzverlust bei EADS verhindern - Bayerns Kompetenz in der Luft- und Raumfahrttechnik stärken (Drs. 17/183)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist einer der bedeutendsten Standorte für Luft- und Raumfahrttechnik in Deutschland. Unser gemeinsames Interesse ist es, dass dies auch so bleibt. Der EADS-Konzern ist ein wichtiger Bestandteil dieses Industriebereiches, der Standort Unterschleißheim wiederum ein großer Standort innerhalb des Konzerns EADS.

Mein Gespräch gestern mit dem Betriebsrat in Unterschleißheim hat deutlich gemacht, wie wichtig den Beschäftigten die Sensibilisierung der Politik für ihre Sorgen, Nöte und Ängste ist. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass auch Frau Ministerin Aigner heute Abend den Weg zu den Beschäftigten gefunden hat, und es freut mich noch

mehr, dass sie rechtzeitig zurück ist. Wir können uns also nachher auch auf aktuelle Informationen aus dem Mund der Ministerin freuen.

Unstrittig ist, dass die Verhinderung des Zusammenschlusses von EADS und BAE durch die damalige Bundesregierung schlecht für die zukunftsfähige Ausrichtung des EADS-Konzerns war. Unstrittig, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch, dass weltweit schrumpfende Rüstungsetats Geschäftserwartungen im Bereich Wehrtechnik unsicherer machen. Ebenfalls unstrittig ist, dass die Wehrtechnik ein globalisierter, aber vor allem ein politisch regulierter Markt ist. Gerade deshalb ist die Staatsregierung in der Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv zur Standortsicherung beizutragen. Unstrittig ist aber genauso, dass Konzerne nicht im luftleeren Raum arbeiten, sondern eingebunden sind in die Kommunen, wo ihre Standorte sind, Kommunen, die ihnen eine ausreichende und gute Infrastruktur zur Verfügung stellen und denen ein Konzern auch verpflichtet ist.

Lassen Sie mich speziell zu Cassidian in Unterschleißheim kommen. EADS-Chef Dr. Enders hat angekündigt, den Konzern umzustrukturieren, zu konzentrieren und Sparten zusammenzulegen. Das ist eine unternehmerische Entscheidung. Wir kritisieren allerdings die Informationspolitik gegenüber den Beschäftigten. In einem Konzern mit existierender Mitbestimmung kann es nicht sein, dass Betriebsräte von eventuellen Plänen zuerst aus der Zeitung erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Das hat zu einer massiven Verunsicherung der Beschäftigten geführt. Das ist eine nicht vorhandene Transparenz und ein schlechter Umgang mit den Menschen, die die Wertschöpfung in den Betrieben erarbeiten, zumal der Betriebsrat immer und bei jeder Gelegenheit zur konstruktiven Mitarbeit bereit ist und die Notwendigkeit organisatorischer Veränderungen auch anerkennt. Nicht nachzuvollziehen ist aber für den Betriebsrat und auch für uns als SPD-Fraktion die Notwendigkeit einer Standortschließung in Unterschleißheim.

Lassen Sie mich einige von vielen Sachargumenten für den Standort Unterschleißheim hier anführen. Zunächst einmal ist es für die Entwicklung der Technik in Unterschleißheim notwendig, Radaranlagen zu betreiben. Diese sind in Unterschleißheim vorhanden. Müsste man sie woanders wieder installieren, bräuchte man dafür extrem aufwendige Genehmigungsverfahren, die sich lange hinziehen könnten. Zweitens verfügt Unterschleißheim über ein modernes Verwaltungsgebäude, passgenaue Hallen und Produktionsstätten. Drittens ist die Immobilie im Besitz der Firma, und es gibt auch vonseiten der Stadt ausreichend Möglichkeiten, hier noch zu expandieren.

Ganz wichtig sind auch die hervorragende ÖPNV-Anbindung über die S-Bahn – ich habe das gestern selber ausgetestet – und die Nähe zum Flughafen. Man ist mit dem Auto in 20 Minuten am Flughafen. Außerdem hat die Stadt Unterschleißheim beste Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt. So wird jetzt gemeinsam mit dem Betrieb an dem Konzept eines Betriebskindergartens gearbeitet. Aber auch diese Pläne sind leider auf Eis gelegt.

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass es keine belastbaren Zahlen zu einem möglichen Arbeitsplatzabbau an bayerischen Standorten gibt. Auch hier gibt es nur Gerüchte, die verunsichern. Wir fordern deshalb erstens im Interesse der Beschäftigten größtmögliche Transparenz vonseiten der Konzernleitung, zweitens ein klares Bekenntnis des Freistaates zur Standortsicherung, drittens keine staatliche Förderung bei der Verlagerung von Arbeitsplätzen, viertens die Information des Parlamentes über die Aktivitäten der Staatsregierung. Dazu dient dieser Dringlichkeitsantrag. Fünftens fordern wir den Anstoß einer Debatte über eine notwendige wehrtechnische Strategie, über Möglichkeiten der Konversion und viele andere Dinge in diesem Zusammenhang.

Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, der das Ganze in einen etwas größeren Rahmen stellt, werden wir ebenfalls zustimmen. Beim Antrag der FREIEN WÄHLER müssen wir uns leider enthalten. Er ist sehr unscharf geschrieben, um es höflich auszudrücken, und in unseren Augen nicht zielführend.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. - Zu Ihrer Information: Die Fraktionen haben jetzt sieben Minuten mehr Redezeit, weil die Staatsregierung schon länger als 30 Minuten geredet hat. Da wir jetzt nach hinten Luft haben, weil wir nicht mehr abstimmen wollen, kann ich mir vorstellen, dass diese Zeit auch noch genutzt wird.

Nächster Redner ist Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in dem Zusammenhang, bevor ich zum konkreten Fall komme, aus einer Pressemitteilung der Staatsregierung von 2011 zitieren:

Die Bundesregierung muss sich bei geplanten Maßnahmen jetzt klar für die technologische Zukunft der Luft- und Raumfahrt aussprechen. Die bayerischen Standorte für Wehrtechnik ... dürfen nicht gefährdet werden.

Das waren Aussagen von schwarz-gelben Bundes- und Staatsregierungen. Das Ergebnis sehen wir heute. Die Schließung des Standorts der EADS und der Abbau von mindestens 8.000 Arbeitsplätzen sind zu befürchten. Was das bedeutet für die Wirkung schwarz-gelber Wirtschaftspolitik, überlasse ich Ihrer eigenen Einschätzung.

Schade finden wir es, dass die SPD nur dieses eine Unternehmen nennt, das in Bayern Probleme hat. Vielleicht liegt es daran, dass ihr die Stadt und die Farbe ihres Bürgermeisters näher liegt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Aktualität!)

möglicherweise ist es auch der Aktualität geschuldet. Wir haben auch noch andere Unternehmen in Bayern, die in einer ähnlichen Situation sind und unter Schwierigkeiten leiden. Daher haben wir unseren Berichtsantrag hinzugezogen, in dem wir – Kollegin Karl hat dankenswerterweise schon darauf hingewiesen – den Bogen etwas weiter

spannen, weil wir von der Ministerin auch hören wollen – Frau Ministerin, ich habe vergessen, Sie zu begrüßen -, wie sie zukünftig mit solchen Krisensituationen umgehen wird; denn liebe Kolleginnen und Kollegen, diejenigen, die schon etwas länger hier sind, wissen, mit welchen Fällen wir es hier zu tun hatten. Wir hatten Quelle, wir hatten Knaus Tabbert, den Wohnwagenhersteller, und wir hatten die 13.000 Frauen von Schlecker, die von einem auf den anderen Tag auf der Straße standen. Wir wissen noch – zumindest wir, die schon etwas länger hier sind -, wie damals mit diesen Schicksalen umgegangen wurde. Von daher ist es für uns von Interesse, nicht nur zu hören, wie derzeit mit EADS in Unterschleißheim umgegangen wird, sondern auch zu hören, was zukünftig in solchen Fällen passiert.

Ich nenne noch die Firma Loewe, die in Oberfranken um ihre Existenz kämpft und die ein hervorragendes Produkt herstellt, das mir näher liegt als das, worüber wir heute reden.

Nun zu EADS, besser Cassidian: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns schon klarmachen, was Cassidian ist. Cassidian ist ein Rüstungskonzern. Ich weiß, dass es hier in diesem Haus unterschiedliche Positionen zu der Frage gibt, womit man sein Geld verdienen kann, und dass Wirtschaft eben auch darin besteht, Maschinen herzustellen, die andere Leute umbringen. Ich weiß, dass es in diesem Haus Leute gibt, die das gut finden, und andere, die das weniger gut finden.

EADS reagiert mit dem Stellenabbau auf die sinkenden Rüstungs- und Verteidigungsbudgets in Europa und in der Welt. Ich tue mich wirklich schwer damit, dass man das nicht gut findet. Wir finden es gut, wenn Rüstungsetats sinken und weniger Geld für Rüstung ausgegeben wird. Dann ist nämlich mehr Geld für Bildung, mehr Geld für Umweltschutz und mehr Geld für die wirklich wichtigen Dinge des Lebens vorhanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es liegt auch daran, liebe Kolleginnen und Kollegen: Deutschland hat einige Rüstungsprojekte mit EADS finanziert. Ich nenne nur den Transporter A400M, den Hub-

schrauber NH90 und den Eurofighter. Die Projekte laufen entweder aus oder werden gekürzt, weil man sich im Bund, bei der Bundesregierung klar darüber geworden ist, dass man nicht mehr so viel Rüstungsgüter kaufen will.

Sie fordern jetzt – ich glaube, bei den FREIEN WÄHLERN ist es am deutlichsten -, man müsse nun alles dafür tun, damit das nicht passiert. Was bedeutet das denn im Umkehrschluss? Heißt das, dass wir die Rüstungsausgaben wieder steigern müssen? Ist das Ihr Ziel? - Ich denke, das kann nicht unser Ziel sein.

Unser Ziel muss sein: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Umbau dieses Konzerns hin zu einem Konzern gelingt, der sich eben nicht mehr mit militärischer Forschung und Produktion, sondern verstärkt mit ziviler Forschung und Produktion auseinandersetzt - dafür ist der Weg geebnet - und der seine Zukunft in diesem Bereich sieht. Zudem muss der Umbau, wenn er denn schon erfolgen muss, natürlich unter den Voraussetzungen, die die Kollegin Karl gerade skizziert hat, nämlich offen und transparent, zusammen mit dem Betriebsrat und sozialverträglich erfolgen. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung muss es sein, sich dafür einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Große Koalition hat unter anderem mit ihren Beschlüssen zur Energiepolitik dafür gesorgt, dass bayerische Solarteure, Heizungsinstallateure und Menschen, die in Bayern ihr Geld mit Windkraft verdienen, um ihren Job fürchten müssen.

Wir von den GRÜNEN würden uns darüber freuen, wenn Sie, die Mehrheit in diesem Hause, sich mit der gleichen Kraft für diese Menschen und deren Arbeitsplätze einsetzen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mütze. – Nächster Redner ist der Kollege Glauber.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten und die Gesprächsrunde dort hinten nach draußen bitten. Das wäre sehr nett.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mütze, ich möchte vorab sagen, dass ich in meinem Vortrag noch näher darauf eingehen werde, dass wir eben nicht das Petitum haben zu sagen: Wir wollen erst einmal die Rüstungsindustrie befeuern und die Ausgaben in diesem Bereich stärken. Vielmehr wollen wir uns zunächst einmal der Frage zuwenden, welche Probleme wir haben.

Wir haben 1.400 Arbeitsplätze in Unterschleißheim, und wir haben 200 Arbeitsplätze – so vermutet man – in Manching, die letztendlich zur Debatte stehen. In Europa stehen insgesamt 8.000 Arbeitsplätze zur Debatte. Beim Umbau des EADS-Konzerns stellt sich die Frage: Was davon wird wirklich Bayern treffen?

Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform und der Debatte um den Euro Hawk und den Eurofighter wurde der Arbeitsplatzabbau am Standort Manching ein Stück weit mit verursacht, weil Rüstungsausgaben zurückgenommen werden und der Euro Hawk nicht kommt. Dort wird dann eine Weiterbeschäftigung infrage gestellt.

Ich glaube, es ist die Aufgabe eines Unternehmens und eines Tom Enders, der als Deutscher den EADS-Konzern führt, zu sagen: In guten Zeiten müssen die guten Geschäftsfelder dafür sorgen, dass sie schlechte Zeiten mittragen können, und kreative Arbeitsplätze müssen – dabei handelt es sich um hoch qualifizierte Arbeitsplätze – in neue Formen überführt werden. Thomas Mütze hat in diesem Zusammenhang gefragt: Was wollen wir? Wollen wir weitere Ausgaben im Rüstungsbereich? – Nein, das ist nicht unser Ansatz.

Ich sage Ihnen einmal, welche Aufträge der EADS-Konzern dieses Jahr bekommen hat. Ich fange mit dem 15. März an: 100 Maschinen für die Lufthansa, 11 Milliarden,

Turkish Airlines am selben Tag 90 Maschinen, 9 Milliarden; beides stand im "Handelsblatt". Im "Handelsblatt" vom 18. März war zu lesen: Lion Air 230 Flugzeuge, 18 Milliarden, am 13. Juni: Air Asia 200 Stück des A320neo, American Airlines am 20. Juli 365 Maschinen, auch im "Handelsblatt" veröffentlicht. Die Golfstaaten orderten am 15. November 100 Maschinen des A380. Die Auftragsbücher in der zivilen Luftfahrt, bei Airbus, quellen über, sodass das Unternehmen nicht weiß, wie es die Arbeit schaffen soll.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Glauber, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nach meiner Rede. - Wir wissen, dass in Deutschland im Bereich der zivilen Luftfahrt vor allem im Norden viele Arbeitsplätze vorhanden sind. Von daher muss unsere Wirtschaftsministerin in entsprechenden Gesprächen fragen: Inwieweit können wir diese hoch qualifizierten Arbeitsplätze, die heute im Rüstungsbereich liegen, sichern? Inwieweit können bei vollen Auftragsbüchern und bei einem enormen Auftragsrückstand, der noch abzuarbeiten ist, Arbeitsplätze in der Region Ingolstadt und in der Region München erhalten werden? - Das ist ein Ansatz, den wir in unseren Antrag aufgenommen haben. Die Kollegin Karl spricht aber davon, dass der Antrag nicht scharf genug ist.

Wir möchten, dass der Landtag vor dem 9. Dezember, an dem Tom Enders sagt, wo abgebaut wird, darüber informiert wird, wie die Gespräche waren. Zudem wollten wir noch andere Möglichkeiten aufzeigen: Wie können wir Arbeitsplätze in anderen Bereichen erhalten? Wie können wir hoch qualifizierte Arbeitsplätze nicht nur im Rüstungsbereich halten? - Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, im Wirtschaftsausschuss und auch hier im Hohen Haus darüber zu diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Glauber. – Herr Mütze hat zurückgezogen. Dann können Sie sich setzen. Als Nächster ist der Kollege Blume dran.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über ein Thema, das die SPD-Fraktion per Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung gebracht hat und wozu es zwei Nachzieher gibt. Im Grunde genommen muss man sagen: Wir haben heute drei Nachzieher; denn Tatsache ist, dass sich die neue bayerische Wirtschaftsministerin dieses Themas bereits angenommen hat, und zwar zu einem Zeitpunkt, als dies nicht Gegenstand der parlamentarischen Debatte war. Dafür darf ich der Staatsministerin im Namen unserer Fraktion sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Dass das betont werden muss, ist schon seltsam!)

Denn sie knüpft damit an die besten Zeiten hier im Hohen Hause an. Ich erinnere nur an Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, der das zum Grundverständnis von aktiver Wirtschaftspolitik gemacht hat und der immer dann hinausgegangen ist, wenn es Dinge politisch zu begleiten gab.

Meine Damen und Herren, ich bin von den Einlassungen der Kollegin Karl und auch der anderen Fraktionen etwas überrascht, weil man plötzlich den Eindruck hat, dass bei Ihnen die große Liebe zur wehrtechnischen Industrie aufgekommen ist. Wenn man nämlich die Debatten in den letzten Jahren verfolgt hat, konnte man nicht den Eindruck gewinnen, dass Sie zwingend hinter den bayerischen Unternehmen stehen, die in diesem Bereich tätig sind.

Deswegen muss man die Intention des Antrags von der SPD-Fraktion etwas hinterfragen. Es sieht doch reichlich bemüht aus, wenn man jetzt ein soziales Signal senden will; denn in all den Jahren zuvor war das ein Thema, mit dem sich die SPD in Bayern nicht wirklich auseinandersetzen wollte.

Schlimmer noch, meine Damen und Herren: Zu einem Zeitpunkt, als sich die Kolleginnen und Kollegen vor Ort – ich nenne beispielsweise die Kollegin Schreyer-Stäblein oder den Bundestagsabgeordneten Florian Hahn – um Zukunftsprojekte bemüht

haben, als sie den Anstoß gegeben haben, dass der Ludwig-Bölkow-Campus in Ottonbrunn aufgebaut wurde, als sie sich für die Belange der wehrtechnischen Industrie in Bayern eingesetzt haben, waren Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mit anderem beschäftigt. Damals sind Sie gegen Rüstungsexporte zu Felde gezogen. Man höre und staune: Im August dieses Jahres, im Wahlkampf, hat Ihre örtliche Bundestagskandidatin in Unterschleißheim sogar gegen Rüstungsexporte und gegen die wehrtechnische Industrie demonstriert. Das, meine Damen und Herren, ist scheinheilig.

(Beifall bei der CSU)

Da reicht es jetzt nicht, wenn erkennbar Feuer unterm Dach ist, wohlfeile Anträge zu stellen und sich, wie heute in der "Süddeutschen Zeitung" geschehen, mit den Beschäftigten solidarisch zu erklären.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihre Rede ist auch wohlfeil, Herr Kollege! Das wissen Sie selber!)

Die Messe wird vorher gelesen. Deswegen muss ich an dieser Stelle die Intention Ihres Antrags deutlich hinterfragen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben ihn nicht verstanden!)

Wir werden Ihrem Antrag dennoch zustimmen, wenn eine kleine Änderung vorgenommen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kommt jetzt völlig überraschend!)

Es ist ein Berichtsantrag, und es ist guter Brauch im Hohen Haus, solchen Anträgen zuzustimmen. Es gibt auch überhaupt nichts hineinzugeheimnissen, ganz im Gegenteil.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann braucht man aber auch nicht so einen theoretischen Anlauf zu nehmen!)

Ich denke, die Staatsministerin wird keine Schwierigkeiten haben, Ihre Fragen umfangreich zu beantworten. Wir schlagen vor, dass man dem Ausschuss berichtet, und dies schriftlich zu tun.

Was den Antrag der GRÜNEN angeht, so ist die Lage schon etwas anders. EADS jetzt plötzlich als Krisenunternehmen zu bezeichnen und in eine Reihe zu stellen mit Unternehmen, die von Insolvenz bedroht sind, ist doch starker Tobak und, lieber Kollege Mütze, im Grunde die völlig falsche Spur, vor der ich nur warnen kann. Hierbei geht es nicht um ein Unternehmen, das sich in schwerer Bedrängnis befindet und deshalb zu starken Einschnitten gezwungen ist, sondern um ein Unternehmen, das versucht, für die Zukunft Arbeitsplätze zu retten und dafür rechtzeitig notwendige Entscheidungen zu treffen. In der Analyse, warum diese Situation eingetreten ist, sind wir uns ja alle einig.

Wir können dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass Sie den Antrag abändern, dass Sie nicht von Krisenunternehmen, sondern von Unternehmen reden, bei denen Arbeitsplatzverluste im Raum stehen. Wenn man sich darauf einigen könnte, dann wäre das zustimmungsfähig, wobei ich Ihnen auch sage, lieber Herr Kollege Mütze: Die Antwort auf die Frage, welche Strategie hier von der Staatsregierung verfolgt wird, ist eigentlich ganz einfach. Das ist eben die aktive Wirtschaftspolitik. Und die Erfolge, meine ich, können sich sehen lassen.

In der Begründung führen Sie aus, dass die Staatsregierung bisher mit unterschiedlichem Erfolg agiert habe. Ich erinnere an Siemens in Neustadt, an Quelle, daran, dass heute ein Oberbürgermeister, der nicht zu unserer Partei gehört, sagt: Danke, Herr Ministerpräsident; die Situation ist heute eine bessere als vorher. Ich denke, einen besseren Leistungsausweis für die Bayerische Staatsregierung kann es nicht geben.

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER. Lieber Herr Kollege Glauber, wir müssen bei der Ablehnung bleiben, auch deshalb, weil ein ähnlicher Antrag aus euren Reihen schon

in der letzten Wahlperiode gestellt wurde, als wir über die Luft- und Raumfahrtstrategie für Bayern diskutiert haben. Es wird auch durch Wiederholung nicht richtig, dass die Strukturreform der Bundeswehr der Grund dafür sein soll, dass Unternehmen der wehrtechnischen Industrie zu diesen Schritten gezwungen sind. Diese Grundannahme ist einfach falsch. Und einen Bericht der Staatsregierung noch vor dem 9. Dezember zu erwarten, wenn noch gar nicht offiziell bekannt ist, was tatsächlich geschehen wird, ist schlechterdings nicht möglich. Auch vor diesem Hintergrund werden wir diesen Antrag ablehnen.

Meine Damen und Herren, unser Schlussappell lautet: Es wäre wünschenswert, dass wir uns in der Analyse einig sind, dass alles Notwendige getan werden muss, um diese Arbeitsplätze zu retten bzw. eine Perspektive für die Luft- und Raumfahrt in Bayern und für die wehrtechnische Industrie im weiteren Sinne zu entwickeln. – Das ist bei Ilse Aigner und den Kollegen und Kolleginnen, die mitziehen, in den besten Händen. – Wenn wir uns darin einig sind, würde ich die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition bitten, sich nicht nur, wenn Feuer unterm Dach ist, entsprechend zu positionieren, sondern rechtzeitig, nämlich dann, wenn man noch Weichen stellen kann.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Nun hat sich Herr Kollege Mütze noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Kollege Mütze, bitte sehr.

(Zuruf von der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Ja, ich habe noch ganz viel, Herr Kollege.

(Zuruf von der CSU: In elf Minuten und vier Sekunden! – Ingrid Heckner (CSU): Also, los jetzt! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ja! – Das ist ein ganz anderes Thema. Das ist auch ein Krisenunternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Kollegen Blume muss ich zugestehen, dass er recht hat. Es besteht natürlich ein Unterschied zwischen EADS und Loewe. Wenn in unserem Antrag beide Unternehmen in einem Atemzug genannt und wenn in diesem Zusammenhang von Krisenunternehmen gesprochen wird, dann stimmt das für EADS so selbstverständlich nicht. Das will ich hier klar festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Die EADS ist kein Krisenunternehmen. Herr Kollege Glauber hat ja lang und breit erklärt, wie viele Aufträge die zivile Luftfahrtsparte von EADS bekommen hat. Und dieses Geschäft wird von uns ja auch in gewissem Rahmen unterstützt, sage ich einmal. Eine Änderung des Antrags insoweit ist daher für uns in Ordnung. Wir bitten um Zustimmung.

Ich habe noch nicht gesagt, wie wir mit den anderen Anträgen verfahren wollen. Das möchte ich jetzt nachholen. Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen. Beim Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Mütze. Für die Staatsregierung wird jetzt noch Frau Staatsministerin Aigner sprechen.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es nicht unnötig verlängern, möchte Ihnen aber den momentanen Sachstand schildern.

Bei Bekanntwerden der ersten Meldungen in der Zeitung war es für mich eine Selbstverständlichkeit, mich sofort mit der Unternehmensleitung in der Person von Herrn Dr. Enders in Verbindung zu setzen und natürlich auch mit Herrn Gerwert zu sprechen, aber auch mit den Betriebsräten erste Kontakte aufzunehmen, bis dahin, dass gestern Nachmittag alle drei Betriebsratsvorsitzenden von Manching, von Unterschleißheim und von Ottobrunn bei mir im Büro waren und wir intensiv über die Situation diskutiert

haben. Ursprünglich wollte ich heute auch nach Manching fahren, musste allerdings kurzfristig den Staatssekretär bitten, dorthin zu fahren. Dafür habe ich noch ein Telefonat mit Herrn Gerwert geführt und mit ihm vereinbart, dass ich das Ganze jetzt mehr oder weniger als Moderatorin begleiten werde, wenn endlich die Zahlen bekannt werden. Alles, was jetzt schon bekannt ist, ist eine Schätzung, die wohl nicht den Tatsachen entspricht. Das kann man, glaube ich, schon sagen.

Das wird nächste Woche zeitnah stattfinden, und zwar unmittelbar nach der Bekanntgabe. Ich werde mich intensiv einbringen. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Das ist auch Aufgabe einer Wirtschaftsministerin.

Die Frage ist, wie man Einfluss nehmen kann, und in der Tat muss auch gefragt werden, was die Ursache ist. Diesbezüglich braucht man sich, glaube ich, nicht lange die Karten zu legen: Das Rüstungsgeschäft geht nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, nicht nur in der NATO, sondern weltweit zurück, und die Exporte werden immer schwieriger. Ich kann nur an die Kolleginnen und Kollegen der SPD appellieren. Ich will jetzt nicht aus den Koalitionsverhandlungen plaudern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doch! Wir sind neugierig!)

Es war ein härterer Kampf, einen Absatz in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, der besagt, dass Unternehmen im Rüstungs- und im Raumfahrtbereich systemfähig gehalten werden müssen. Auch über die Frage der Rüstungsexporte fand eine längere Diskussion statt. Insofern muss man sich ehrlich machen. Deshalb wirklich meine kameradschaftliche oder kollegiale Bitte,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist aber schon ein Unterschied!)

dies mit aufzunehmen und zu unterstützen. Denn letztendlich muss eine Firma auch Aufträge haben. – Das ist die eine Schiene.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch Ihre Verantwortung!)

Ich wollte nur sagen: Das ist die Tatsache. Ich bitte Sie um Unterstützung. Selbstverständlich werde ich mich bei der Bundesregierung weiter dafür einsetzen; denn es ist zu fragen, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. In diesen Gesprächen wird es auch eine Rolle spielen, inwiefern es möglich ist, Verlagerungen aus dem zivilen Bereich vorzunehmen. So einfach, wie man sich das vorstellt, ist es in der Praxis oftmals nicht, weil nicht alles 1 : 1 umzusetzen ist. Aber das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Darüber hinaus ist vom Kollegen Blume schon angeführt worden, dass wir den Standort Bayern attraktiv halten wollen. Mit dem Ludwig Bölkow Campus ist schon ein deutlicher Fingerzeig gegeben worden. Auch geht es hierbei um das Bayerische Luftfahrtförderprogramm, das wir fortsetzen wollen, und es geht auch darum, die bayerischen Zulieferer in der Zulieferinitiative des Clusters Aerospace zu stärken. Von unserer Seite wird diesbezüglich viel getan. Glauben Sie es mir: Da ich selbst als Elektrotechnikerin in diesem Bereich gearbeitet habe und auch raumfahrtpolitische Sprecherin der Union im Deutschen Bundestag gewesen bin, liegt mir das persönlich am Herzen. Es ist, so denke ich, auch ein wichtiges Zeichen, dass das Headquarter der neuen Airbus Defense and Space Division in den bayerischen, in den Münchner Raum verlegt werden soll. Auch das ist meiner Meinung nach ein Fingerzeig. Aber, wie gesagt, wir haben noch eine längere Strecke vor uns.

Ich kann Ihnen zusagen, dass ich Sie selbstverständlich auf dem Laufenden halten werde. Das ist keine Frage. Sie können auch sicher sein, dass ich mich hier einbringen werde.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Karl gemeldet.

Annette Karl (SPD): Frau Staatsministerin, noch eine Frage zur Konkretisierung. Wir reden alle davon, dass wir Möglichkeiten der Konversion suchen müssen. Dass das

nicht so einfach ist, gestehe ich Ihnen auch zu. Konkret würde mich interessieren, wo die Staatsregierung ihre Rolle bei der Unterstützung sieht. Miteinander zu reden, ist zwar auch gut. Auf Dauer bringt es uns aber nicht weiter. Können Sie konkret sagen, ob bestimmte Mittel aus den Bereichen Forschung und Entwicklung gegeben werden oder ob versucht wird, über Projektförderung etwas zu erreichen? Wie sind da Ihre konkreten Vorstellungen?

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Karl, ich glaube, es ist noch etwas zu früh. Erst einmal möchte ich wissen, welche Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Dann wird sich auch noch die Frage stellen, was die Bundesregierung tut. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten. Deshalb müssen wir uns bis nächste Woche gedulden, bis die konkreten Zahlen auf dem Tisch liegen. Sie können aber sicher sein, dass ich immer gerne Rede und Antwort stehen und Ihnen die Informationen zukommen lassen werde.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Es hat jetzt tatsächlich Frau Staatsministerin Aigner auf die Zwischenbemerkung geantwortet und nicht Herr Bausback, wie es auf dem Bildschirm angezeigt wurde. Ich weiß gar nicht, wie man sie verwechseln kann.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir kommen jetzt nicht mehr zu Abstimmung. Ich möchte aber noch die angekündigte Änderung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN auf Drucksache 17/182 bekannt geben, damit wir sie auch im Protokoll haben. Der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/182 wird dann in der nächsten Sitzung in folgender Form zur Abstimmung gestellt:

Bericht zu drohenden Arbeitsplatzverlusten in größerem Umfang

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, welche Strategie im Umgang mit größeren Unternehmen, bei denen ein Arbeitsplatzverlust in stärkerem Ausmaß an einem Standort droht, zukünftig verfolgt wird.

Soweit diese Änderung für das Protokoll.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/167 bis 17/172 sowie 17/184 bis 17/187 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen. Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 19.13 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/182

Bericht zu drohenden Arbeitsplatzverlusten in größerem Umfang

Die Staatsregierung wird auf gefordert, dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zu berichten, welche Strategie im Umgang mit größeren Unternehmen, bei denen ein Arbeitsplatzverlust in stärkerem Ausmaß an einem Standort droht, zukünftig verfolgt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)

EADS-Standort Unterschleißheim - Arbeitnehmer- und Standortinteressen wahren - Bericht über Gespräch des Wirtschaftsministeriums bei Cassidian in Unterschleißheim (Drs. 17/166)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zu Krisenunternehmen in Bayern (Drs. 17/182)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Arbeitsplatzverlust bei EADS verhindern - Bayerns Kompetenz in der Luft- und Raumfahrttechnik stärken (Drs. 17/183)

Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt hat bereits im letzten Plenum stattgefunden. Die Abstimmung konnte dann allerdings aus Zeitgründen nicht mehr durchgeführt werden.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/166 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/182. Hierzu wurde vonseiten der Antrag-

steller im Rahmen der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Der Dringlichkeitsantrag wurde für Sie nochmals in der geänderten Fassung aufgelegt. Über diese geänderte Fassung lasse ich nun abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/182 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Jetzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/183 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.